



## Um Inhalte

»Wir leben in einer Klassengesellschaft.« Über die Bekämpfung der Coronapandemie, Regierungsbeteiligungen der Partei Die Linke und Bespitzelung durch den Verfassungsschutz.  
 Ein Gespräch mit Janine Wissler

SEITE 3

GEGRÜNDET 1947 · DONNERSTAG, 8. APRIL 2021, NR. 81 · 1,90 EURO (DE), 2,10 EURO (AT), 2,60 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

### Beschränkte Lehre

Auszubildende in Sorge: Gewerkschaften warnen vor Stigmatisierung der »Coronajahrgänge«

5

### Verschärfte Spannungen

Venezuela: Gefechte zwischen Armee und bewaffneten Gruppen in Grenzgebiet zu Kolumbien

7

### Falscher Applaus

Debatte. Über Identitätspolitik, die Arbeiterbewegung und den Niedergang der SPD

12

### Linke Ecke

Fitness und sozialer Zusammenhalt. Über politisches Engagement im Kampfsport

16



### Regionaler Krisengipfel nach Attacke in Mosambik



**Maputo.** Nach einem Angriff der Dschihadistenmiliz »Islamischer Staat« (IS) auf die nordmosambikanische Küstenstadt Palma berät die Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrikas (SADC) über Konsequenzen. Am Mittwoch bereiteten ranghohe Beamte einen regionalen Krisengipfel in der mosambikanischen Hauptstadt Maputo vor. »Die SADC ist zutiefst beunruhigt über die anhaltenden Terrorangriffe in Cabo Delgado«, betonte am Mittwoch das Präsidialamt des Nachbarstaates Südafrika. Der Gipfel an diesem Donnerstag mit sechs Staats- und Regierungschefs werde über Maßnahmen zur Terrorbekämpfung in Mosambik beraten. Palma war am 24. März vom IS überfallen worden. Während der tagelangen Kämpfe waren Forderungen nach militärischen Interventionen der SADC und Warnungen vor einem Übergreifen der Kämpfe auf die Nachbarländer laut geworden. (dpa/JW)

## Weltgesundheitsstag: Proteste gegen Klinikschließungen und akuten Personalmangel. Initiativen und Linke fordern Lizenzfreigabe für Impfstoffe. Von Oliver Rast

Die Situation ist dramatisch, auch hierzulande: Kliniken werden geschlossen, Krankenhausbetten abgebaut, die öffentliche Gesundheitsversorgung steht vielfach vor der Privatisierung. Das bundesweite »Bündnis Klinikrettung«, getragen vom Verein »Gemeingut in BürgerInnenhand« (GiB), rief am Mittwoch anlässlich des Weltgesundheitsstags zu mehreren Kundgebungen auf, in Berlin am Alexanderplatz. GiB-Koordinatorin Laura Valentukeviciute sagte gleichentags im jW-Gespräch: »Seit 1991 wurden in diesem Land über 500 Krankenhäuser geschlossen.« Selbst während der Coronapandemie mussten Valentukeviciute zufolge rund 20 Kliniken dichtmachen. »Und weitere 600 Krankenhäuser sind insolvenzgefährdet.«

Ein Notstand mit System: Die Einrichtungen seien chronisch unterfinanziert, Investitionen würden fehlen, so die GiB-Frau weiter. Zudem besteht akuter Personalmangel. »Schon

jetzt fehlen in Deutschland zirka 50.000 Beschäftigte in der Pflege«, beklagte das »Bündnis Gesundheit ohne Profite« aus Halle in einer am Mittwoch verbreiteten Pressemitteilung. Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen seien am Ende ihrer Kräfte, physisch und psychisch. Darauf verweist auch der am Mittwoch vorgestellte Jahresbericht von Amnesty International (AI). Schlimmer noch: 2020 starben weltweit mindestens 17.000 Beschäftigte im Gesundheitswesen. »Es ist bezeichnend, dass statistisch betrachtet im letzten Jahr alle 30 Minuten eine in diesem Bereich arbeitende Person mit Covid-19 gestorben ist«, sagte Markus N. Beeko, Generalsekretär der deutschen AI-Sektion.

Das Motto des diesjährigen Weltgesundheitsstages mutet zynisch an: »Gesundheitliche Chancengleichheit«. Klar ist jedoch, die Coronakrise trifft nicht alle gleich. »Menschen mit niedrigerem oder ganz ohne Einkommen sind welt-

weit ungleich härter betroffen«, betonte Sylvia Gabelmann, stellvertretendes Mitglied im Bundestagsunterausschuss Globale Gesundheit für die Linke-Fraktion, am Mittwoch gegenüber jW. Insbesondere in den Ländern des globalen Südens würden Personen nicht nur an oder mit Covid-19 sterben, »sondern ebenso durch die Folgen der Pandemie wie Verarmung und fehlende medizinische Versorgung«. Ähnlich äußerte sich die gesundheitspolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen im Thüringer Landtag, Babett Pfefferlein: »Gesundheitschancen und Krankheitsrisiken sind überall sozial ungleich verteilt.«

Und die Konsequenz? In der globalen Gesundheitspolitik sei eine »radikale Kehrtwende weg von der marktbasieren Ordnung nötig«, forderte Gabelmann. Denn für Menschen außerhalb der westlichen Industrienationen bestehe in der Pandemie kaum Zugang zu Impfdosen, das Gros hätten sich bereits

jene Staaten gesichert. Überdies hielten sie zum Schutz der Profite der Pharmaindustrie am Patentschutz fest, sagte die Linke-Politikerin. Die Folge: Eine Steigerung der Produktion von Impfstoffen werde blockiert. Damit würden Vakzine, deren Entwicklung und Produktion mit öffentlichen Mitteln in Milliardenhöhe finanziert worden seien, »zum Profithebel multinationaler Pharmakonzerne«.

Eine Renditepolitik, die auch Gewerkschaften auf den Plan ruft. »Kommerzielle Interessen dürfen nicht im Wege stehen, wenn es darum geht, Menschenleben zu schützen«, ließ Sylvia Bühler vom Verdi-Bundesvorstand in einer Mitteilung vom Mittwoch wissen. Deshalb müsse der politische Druck seitens der Bündnisse gesteigert werden, so GiB-Koordinatorin Valentukeviciute, damit Lizenzen für Impfstoffe freigegeben würden und »die Daseinsvorsorge keine Gewinnwirtschaft mehr ist«.

## Bundesregierung für kurzen »Lockdown«

Ministerpräsidenten von NRW und Bayern fordern einheitliche Beschränkungen

Erneut bringt die Bundesregierung einen »Lockdown« ins Spiel – und meint damit die bekannten Beschränkungen des öffentlichen Lebens zur Eindämmung der Coronapandemie. Jede Forderung nach einem »kurzen einheitlichen Lockdown« sei richtig, sagte Regierungssprecherin Ulrike Demmer am Mittwoch in Berlin. »Auch ein gemeinsames bundeseinheitliches Vorgehen wäre hier wichtig.« Zwar gebe es Demmer zufolge im Moment bei den Coronaneuinfektionen keine gute Datenbasis, die Zahl der belegten Intensivbetten spreche aber

eine sehr deutliche Sprache. Für das vom NRW-Ministerpräsidenten Armin Laschet (CDU) vorgeschlagene Vorziehen der Bund-Länder-Runde gebe es »erkennbar keine Mehrheit«, sagte Demmer. Die nächsten Beratungen zur Coronapolitik sind für kommenden Montag geplant.

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) sah am Mittwoch im »Morgenmagazin« von ARD und ZDF »zunächst mal Corona«, also das Virus selbst, in der Verantwortung für die Zickzackpolitik von Bund und Ländern zwischen Öffnungsdiskussionen und

»Lockdown«-Debatten. Es müssten »Notbremsen« aktiviert und geimpft werden, »was das Zeug hält«, sagte Söder, der am Mittwoch den Abschluss eines Vertrages zwischen Bayern und dem russischen Hersteller des Impfstoffs »Sputnik V« ankündigte.

Einen »kurzen und consequenten Lockdown« hält Bayerns Regierungschef nur dann für sinnvoll, wenn alle Bundesländer mitmachen. Laschet verteidigte seinen von der Opposition deutlich kritisierten Vorschlag für eine Art Überbrückungslockdown und forderte »innovative Ideen« wie temporäre

Drive-in-Zentren zur Beschleunigung der Impfungen. Vor dem für ihn anscheinend absehbaren Ende der Pandemie gelte es, »in den letzten Wochen« so viele Leben wie möglich zu schützen.

Am Mittwoch meldete das Robert-Koch-Institut nach den Osterfeiertagen 9.677 Coronaneuinfektionen und 298 neue Todesfälle binnen eines Tages. Nach RKI-Annahmen werden derzeit aufgrund von Urlaub und geschlossenen Praxen gegebenenfalls noch etwas weniger Tests als vor den Ferien durchgeführt. (dpa/AFP/JW)

### EMA gibt grünes Licht für Impfstoff von Astra-Zeneca

**Amsterdam.** Die Europäische Arzneimittelbehörde (EMA) gibt weiterhin grünes Licht für den Impfstoff des Herstellers Astra-Zeneca gegen Corona. Trotz sehr seltener Fälle von Blutgerinnseln in Hirnvenen empfiehlt die EMA weiterhin uneingeschränkt die Anwendung der Vakzine. »Der Nutzen des Wirkstoffes bei der Bekämpfung von Covid-19 ist deutlich höher zu bewerten als die Risiken«, sagte EMA-Chefin Emer Cooke am Mittwoch in Amsterdam. Die Experten stellten zwar einen Zusammenhang zwischen Impfstoff und Thrombosen bei einer sehr geringen Zahl von Blutplättchen fest. Dies trete allerdings sehr selten auf. Die Behörde hält damit weiterhin an ihrer Bewertung des Präparates fest. Mehrere EU-Länder, darunter Deutschland, hatten zuvor den Einsatz des Impfstoffes auf Personen ab einem Alter von 60 Jahren eingeschränkt. (dpa/JW)

jW wird herausgegeben von 2.500 Genossinnen und Genossen (Stand 2.4.2021)  
 www.jungewelt.de/lpg

